

Analyse

Felix Baumgartner Der Österreicher will als erster Mensch im freien Fall die Schallmauer durchbrechen. Von Bernhard Odehnal

Der Mann, der aus dem All springt

Der Weltraum ... unendliche Weiten ... wir schreiben das Jahr 2012 ... und das ist die Geschichte von - nein, nicht von Kapitän Kirk und seiner Entertainerin, sondern von einem Österreicher namens Felix Baumgartner, der dorthin vorstossen will, wo noch nie ein Mensch vor ihm gewesen ist. Der 42-jährige Baumgartner möchte sich fallen lassen. Und zwar aus 36 000 Metern. Noch nie stieg ein Mensch in einem Heissluftballon so weit nach oben; noch nie liess sich jemand so tief fallen. Der derzeitige Rekord stammt aus den 60er-Jahren und liegt bei 31 Kilometern. Aber weil das noch nicht genug ist, möchte Baumgartner dazu auch noch als erster Mensch im freien Fall die Schallmauer durchbrechen.

Anfang August soll der Sprung aus der Stratosphäre über der Wüste von New Mexico stattfinden, dann sind die Wetterbedingun-



gen am besten. Die Vorbereitungen laufen seit mehreren Jahren. Im März liess sich Baumgartner von einem mit Helium gefüllten Ballon zum ersten Mal auf 22 000 Meter heben. Der Testsprung gelang. Jetzt finden die letzten Vorbereitungen für den Rekordsprung statt.

Baumgartner hat das Springen im Blut. Seit seiner Jugend lässt sich der gebürtige Salzburger von Brücken und hohen Häusern fallen. Seinen Militärdienst leistete er bei den Fallschirmspringern, danach wurde er Helikopterpilot. Als Dietrich Mateschitz, Eigentümer des Energydrinks Red Bull, auf Baumgartner aufmerksam wurde, konnte der seine Leidenschaft zum Beruf machen. Seit 15 Jahren sponsert Red Bull Baumgartners Sprünge, unter anderem von den Petronas Towers in Kuala Lumpur und der Christusstatue in Rio de Janeiro. Er sprang auch schon in einen 190 Meter

tiefen Schacht und überquerte im freien Fall den Ärmelkanal.

Für Red Bull (Slogan: «... verleiht Flügel») ist einer wie Baumgartner der ideale Werbeträger: Spezialist in einer Nischensportart, Idol einer treuen Fangemeinde, immer gut für spektakuläre Nachrichten. Die Videos seiner Sprünge werden auf Youtube zehntausendfach angeklickt, bei jedem Sprung ist das Firmenlogo auf seinem Gleitschirm gut sichtbar.

Die Vorbereitungen zum Sprung aus der Stratosphäre werden von einer imposanten Marketingmaschinerie begleitet. Ein eigener Sattelschlepper begleitet Baumgartners Team. Dazu sollen Hobbyschriftsteller Oden auf Baumgartner verfassen und Schüler ihn zeichnen. Ein Hochglanzmagazin von Mateschitz bringt Porträts des Basejumpers; im TV-Sender von Mateschitz referiert derweil der Moderator den Mythos vom Übermen-

schen: «Glauben Sie mir, ich war vor Ort, ich habe mir das angesehen, für unsereiner sind die Abenteuer des Felix Baumgartner gar nichts.»

Auch Baumgartners Facebook-Auftritt trägt zum Kult um den Weltallspringer bei. Die Fans können dort an seinen Leidenschaften teilhaben: Männerspiele in alten Militärautos («Cool Felix!»), Ausfahrten im roten Ferrari («You are like a playboy!»), Abendessen mit Promis, Heli-Skifahren in Salzburg. Dazu füttert Baumgartner auf Twitter seine Followers mit Phrasen wie: «Learn to love what you have been taught to fear.»

Zurzeit verbringt Baumgartner die meiste Zeit in der Wüste New Mexicos. Nach Salzburg kommt er nur noch zu Besuch. Er lebt jetzt in der Schweiz, in Arbon am Bodensee, wo er mit seiner Freundin vor kurzem ein Haus gekauft hat. Dort erhofft er sich den «perfekten Chill nach meinem Jump».

Kolumne **Rudolf Strahm**

Parteifarbe statt Kompetenz

Erstaunlich, wie wenig diese persönliche Weichenstellung im schweizerischen Bildungswesen kommentiert worden ist, nachdem der Bundesrat den Tessiner Mauro Dell'Ambrogio letzte Woche zum Staatssekretär für Bildung, Forschung und Innovation ernannt hatte.

Einzig der Schweizerische Gewerbeverband, der wichtigste Berufsbildungsträger im Lande, zeigte sich konsterniert über diesen «mehr als fragwürdigen Entscheid». Und die «Neue Zürcher Zeitung» stellte behutsam die Frage nach der Eignung des Ernannten für diese hochwichtige Bundesstelle: «In seiner bisherigen Tätigkeit als Staatssekretär ist er jedenfalls nicht durch Innovationskraft aufgefallen. Mehr Gestaltungswillen wird er aber als neuer Bildungs-Chefbeamter zeigen müssen», kommentierte die NZZ.

Im Tessin frohlockte man über diesen hohen Bundesposten für einen Tessiner. Doch für Kenner der schweizerischen Bildungslandschaft ist dies die Worst-Case-Wahl. Denn aus der Sicht der Berufsbildung, der Weiterbildung und der Bundeskoordination des Ausbildungswesens ist sie ganz klar eine Weichenstellung in Richtung Akademisierung und Lateinisierung der schweizerischen Bildungslandschaft, auch wenn der Gewählte seit letztem Mittwoch plötzlich auffallend häufig von Berufsbildung spricht.

Ein Wanderpreis

Dell'Ambrogio hat im Tessin und in Bundesbern die Berufsbildung stets als zweitrangig behandelt. Er fiel als vehementer Kämpfer gegen eine Bundesgesetzgebung für die Weiterbildung auf. Hätte das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) dieses Gesetzesprojekt mithilfe von Bundesrätin Doris Leuthard nicht an sich gezogen, läge es heute noch in Dell'Ambrogios Schublade.

Es gibt kaum jemand in der schweizerischen Bildungslandschaft, der dem Juristen Dell'Ambrogio eine hohe Führungskompetenz in der Bildungspolitik zugestanden hat, weder unter den kantonalen Bildungs- und Erziehungsdirektoren noch in der KMU-Landschaft noch in der Bildungs- und Weiterbildungsszene. Die Universitäten, die sich vom Staat unter dem Siegel der «Hochschulautonomie» nicht dreinreden, sondern bloss finanzieren lassen wollen, haben jedoch die Wahl Dell'Ambrogios begrüsst.

Wer ist Mauro Dell'Ambrogio? Im Tessin kennen ihn alle. Er wird dort

selbst von Freunden als «ultraliberal» etikettiert, als Mann vom «rechten Parteiflügel der FDP», der sich in der italienischen Schweiz für den Aufbau einer eigenen akademischen Hochschule stark gemacht hatte. In seiner Berufskarriere hatte der liberale Jurist kaum eine jener Staatsprüfungen ausgelassen, die der Kanton Tessin für Abkömmlinge alter Politikerdynastien anbieten hat: Nacheinander war er Richter, Polizeikommandant im Kanton, Departements-Generalsekretär, Spitalverwaltungsdirektor, Fachhochschuldirektor, freisinniger Grossrat und Fraktionspräsident, dem dann der Sprung in die Tessiner Kantonsregierung allerdings parteiintern verwehrt wurde. Darauf wurde er von Pascal Couchepin, der in seinen Bundesämtern freisinnige Parteifreunde einzusetzen pflegte, nach Bern geholt. Jetzt erhält er die Führung des Super-Staatssekretariats in Bern quasi als Wanderpreis dafür, dass man ihn immer herumgereicht hat.

Anlass zur Staatssekretärenwahl ist die Fusion der beiden Ämter, nämlich des Staatssekretariats für Bildung und Forschung SBF, das die Universitäten betreut und finanziert, und des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie. Dieser Zusammenschluss ist nicht bloss ein organisatorischer Schritt, es ist vielmehr der zweifelhafte Versuch einer Verschmelzung zweier unterschiedlicher Bildungskulturen mit unterschiedlicher Tradition: Da ist einerseits die immer arbeitsmarktfornere Universitätskultur, die sich stärker nach dem europäischen Bologna-System orientiert und sich in die Richtung der akademischen Massenproduktion europäischer Hochschulen bewegt.

Und da ist auf der anderen Seite die helvetisch gewachsene Berufsbildungskultur, die auch die praktische Intelligenz der jungen Menschen fördert und sich mit einer Kombination von Fachwissen, Praxis und Transferkompetenzen auf die Berufsqualifikation und höhere Berufsbildung ausrichtet.

Diese Fusion der zwei Bildungskulturen, von der viele Fachleute abgeraten haben, wird jahrelange Energieverluste einfordern, die Bildungspolitik des Bundes lahmlegen und das ganze Bildungssystem dem Akademisierungstrend unterwerfen.

Der Entscheid des freisinnigen Wirtschaftsministers Schneider-Ammann für den ehemaligen freisinnigen Politiker Mauro Dell'Ambrogio ist ein Entscheid zweiter Wahl, nachdem der erste Anlauf mit dem fähigen ETH-Vizepräsidenten Roman

Boutellier verpatzt worden ist. Man hätte gewiss Verständnis für die Berufung einer aussenstehenden, neuen Führungsperson gehabt. Doch die Präsidentin der Bildungsdirektorenkonferenz, Isabelle Chassot, erhielt von Schneider-Ammann nie eine Anfrage.

Schneider-Ammanns Entscheid für Dell'Ambrogio ist mithin auch ein Entscheid gegen die Berufsbildung und gegen BBT-Direktorin Ursula Renold, die sich während Jahren für die Berufslehre starkgemacht und in der Bildungsszene einen kompetenten Ruf genossen hatte. Sie wird das Amt verlassen.

Eine Schicksalsfrage

In den kommenden Jahren wäre auf Bundesebene eine starke Hand in der Bildungslandschaft nötig. Das neue Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz HFKG schafft ein kompliziertes bürokratisches Organisationsmonster und führt zu einer Rekantonalisierung der Fachhochschulen. Der 15-köpfige Hochschulrat wird aus einem Bundesvertreter und 14 kantonalen Regierungsräten zusammengesetzt sein, die naturgemäss und verständlicherweise zuerst immer an ihren Kanton denken. Eine koordinierende Hand des Bundes wäre nötig, um den kantonalen Wirrwarr und die regionalen Sonderinteressen zu zügeln.

Die grösste Baustelle im Berufsbildungsbereich betrifft indes die höhere Berufsbildung. Ihre Aufwertung durch eine bessere Titelanerkennung und Finanzierung wird im Zeichen der Personenfreizügigkeit und des Fachkräftemangels zur Schicksalsfrage für die Zukunft unseres Berufsbildungssystems. Auch hier wäre eine kompetente, praxisorientierte Führung des Bundes nötig.

Gerade Bundesrat Johann Schneider-Ammann hätte es nötig gehabt, zur Kompensation seiner Defizite eine kompetente und allseits akzeptierte Führungsperson für die Integration der beiden Bildungskulturen und die zukünftige Bildungspolitik einzusetzen. Doch einmal mehr galt Parteicouleur mehr als Fachkompetenz. Diese parteipolitische Klientelwirtschaft muss ein Ende haben.



Rudolf Strahm

Der Ex-Preisüberwacher wechselt sich mit Politgeograf Michael Hermann und mit der Autorin und Schauspielerin Laura de Weck ab.



Trotz strahlender Crystal Hall: Der Song Contest in Baku war kein PR-Sieg. Foto: Keystone

Imagepflege Ob Song Contest oder Euro: Sie helfen autoritären Regimes kaum. Von Ulrich Krökel

Null Punkte für das Regime

Die Schwedin Loreen sang sich beim Eurovision Song Contest (ESC) in der glamourösen Crystal Hall von Baku in die Herzen der Schlagerfans. Die wenigen Hinweise westlicher Kommentatoren auf die Menschenrechtsverletzungen in Aserbeidschan waren nicht mehr als eine schöne Pflichtübung.

Waren also die Diskussionen im Vorfeld, auch über die Variante ESC-Boykott, für die Katz? Ja und nein. Echte Veränderungen in Aserbeidschan haben die Proteste nicht ausgelöst. Zu befürchten ist vielmehr, dass das Aljiew-Regime weiterhin mit Härte gegen all jene Aktivisten vorgehen wird, die vor dem Schlagerwettbewerb demonstriert haben.

Und dennoch: Was vom ESC im Gedächtnis vieler Europäer haften bleiben wird, ist kaum Loreen. Eher schon der Umstand, dass in Aserbeidschan Andersdenkende geknebelt und geknechtet werden.

Noch immer glauben autoritäre Regimes, dass sie mit Glamour-Events Ansehen kaufen könnten. Das aber ist eine Fehlkalkulation, wie der ESC in Baku oder auch die Fussball-Europa-

meisterschaft in Polen und der Ukraine zeigen. Das Turnier dürfte dem autoritär regierenden ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch inzwischen schwer auf dem Magen liegen. Signale vom jüngsten EU-Gipfel deuten zwar darauf hin, dass es nun doch keinen breit angelegten politischen Boykott geben dürfte.

Schweigen aber werden die Westeuropäer bei ihren Besuchen in Kiew oder Charkow nicht. Schweigen werden auch die ukrainischen Fans nicht, die dafür bekannt sind, die eigenen Politiker in den Stadien auszupfeifen.

Janukowitsch wollte die Opposition und insbesondere seine inhaftierte Widersacherin Julia Timoschenko still und heimlich ausschalten oder sogar dauerhaft vernichten. Die EM hat ihm einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht. Natürlich wird das öffentliche Interesse nach dem Schlusspfeiff wieder schwinden. Aber es wird künftig mehr kritische Aufmerksamkeit geben, wenn die EU mit Ilham Aljiew einen Pipelinevertrag oder mit Janukowitsch ein Assoziierungsabkommen unterzeichnen will.